

NEWSLETTER 31. August 2018

Fair Food und Ernährungssouveränität – zwei Landwirtschaftsinitiativen vor der Abstimmung

Liebe Leserin, lieber Leser

Gleich zwei Vorlagen befassen sich an der Abstimmung vom 23. September mit Landwirtschaft und Ernährung. Vision Landwirtschaft hat sich schon während der Entstehung der Initiativen mit den Anliegen auseinandergesetzt.

Was ist von den Vorlagen zu halten? Können sie eine nachhaltige bäuerliche Landwirtschaft, auch mit Blick über die Schweizer Grenze hinaus, befördern?

In diesem Newsletter stellen wir einige Gesichtspunkte zu den beiden Initiativen zusammen, die Ihnen hoffentlich bei Ihrer Meinungsbildung helfen können.

Herzliche Grüsse,

Felix Schläpfer,

Vorstandsmitglied *Vision Landwirtschaft*

Zwei Landwirtschaftsinitiativen vor der Abstimmung – ein Beitrag zur Meinungsbildung

In der Volksabstimmung vom 23. September befassen sich gleich zwei Vorlagen mit der Landwirtschaft. Die Fair-Food-Initiative will im Rahmen der bestehenden internationalen Handelsabkommen faire und nachhaltig produzierte Nahrungsmittel fördern. Auch die Initiative für Ernährungssouveränität will mehr Nachhaltigkeit und Fairness gegenüber den Bauern. Dies aber vor allem aus einer traditionellen bäuerlichen Perspektive, mit weitgehenden staatlichen Eingriffen und mit Konfliktpotenzial gegenüber bestehenden Handelsabkommen. Was ist von den Vorlagen zu halten? In diesem Newsletter fassen wir einige Überlegungen zu den Initiativen zusammen.

Fair-Food-Initiative

Die Fair-Food-Initiative will, kurz gesagt, faire und nachhaltig produzierte Nahrungsmittel fördern. Produkte aus bäuerlicher Landwirtschaft, fairem Handel sowie aus regionaler und saisonaler Produktion und Verarbeitung sollen einen Marktvorteil erhalten. Die Lebensmittelverschwendung und die Klimabelastung durch Transport und Lagerung sollen reduziert und die Tierhaltungsform auch bei Importen und verarbeiteten Lebensmitteln deklariert werden. Tierquälerisch erzeugte Produkte sollen nicht mehr in die Schweiz importiert werden, und importierte Lebensmittel sollen soziale und ökologische Mindestanforderungen erfüllen, die denjenigen in der Schweiz entsprechen. Herkunft und Produktionsbedingungen sollen zudem transparent deklariert werden.

- **Die Initiative fördert die Entwicklung von Handelsregeln, die Nachhaltigkeit belohnen statt bestrafen.** Dabei setzt sie bei einem entscheidenden Punkt an, nämlich bei den Bestimmungen für den Import von Nahrungsmitteln. Entgegen der landläufigen Meinung und

der Argumente von Initiativgegnern besteht ein grosser Handlungsspielraum für handelsbezogene Anreize, wie sie die Initiative anstrebt. Die Befürchtungen der Gegner, dass Handelsregeln verletzt würden, der Staat eine riesige Bürokratie aufbauen müsste und die Lebensmittel teurer würden, sind übertrieben (Details dazu liefert eine interessante [Studie über nachhaltige Agrarimporte](#) der Juristin Elisabeth Bürgi Bonanomi von der Uni Bern):

- Die geforderten Bestimmungen zur Deklaration und zur Abstufung von Zöllen und Kontingenten nach Nachhaltigkeitskriterien lassen sich so umsetzen, dass sie mit den EU-Verträgen und mit den WTO-Regeln kompatibel sind. Bereits heute gewährt der Bund beispielsweise Steuererleichterungen für nachhaltig produzierte importierte Agrotreibstoffe. Gemäss WTO können Handelszugeständnisse zum Schutz gewisser öffentlicher Interessen, insbesondere von Umwelt- und Sozialstandards, ausgesetzt werden, wenn die Massnahmen nicht-diskriminierend ausgestaltet sind, d.h. wenn alle Marktteilnehmenden die Chance haben, die Standards zu erfüllen. Zudem müssen sie verhältnismässig sein, also nicht stärker eingreifen als nötig ist, um das Ziel zu erfüllen. Glaubwürdig wäre die nicht-diskriminierende Absicht von nachhaltigkeitsbezogenen Importbestimmungen gemäss der Handelsexpertin Bürgi Bonanomi insbesondere dann, wenn die Bestimmungen eine weniger kapitalintensive Schweizer Produktion begünstigen würden, bei der weniger Vorleistungen (z.B. Futtermittel) importiert würden, so dass im Gegenzug ggf. mehr Nahrungsmittel importiert werden müssten. Genau dies fordert Vision Landwirtschaft seit Jahren.
- Auch Befürchtungen der Gegner einer überbordenden Bürokratie scheinen übertrieben. Zertifizierungen von Produktionsmethoden müssen nicht durch den Staat vorgenommen werden. Wie bei bestehenden Labels wie Max Havelaar kann die Zertifizierung Privaten überlassen werden. Umgesetzt würden ohnehin nur praktikable Massnahmen. Gemäss Bürgi Bonanomi wären dies etwa Positiv-Listen von Labels, für die Zolldifferenzierungen gelten würden. Die differenzierten Zölle würden einen Anreiz für private Zertifizierungen schaffen und damit international dazu beitragen, dass höhere Produktionsstandards auch ökonomisch attraktiv werden.
- Die Befürchtung von höheren Nahrungsmittelpreisen, wie sie etwa von Konsumentenverbänden als Gegenargument angeführt wird, ist sicher nicht ganz unbegründet. Höhere Verkaufspreise treffen in der Schweiz am ehesten die weniger gut verdienenden Bevölkerungsteile. Die Auswirkungen auf die Preise sind aber nicht so eindeutig vorhersehbar, wie oft behauptet wird. Beispielsweise muss nachhaltig produziertes Fleisch aus dem Ausland nicht teurer sein als inländisches Fleisch. Was bisher noch nie thematisiert wurde: Ein freier Import von zertifiziertem Fleisch aus tierfreundlicher Haltung würde voraussichtlich für in der Schweiz produziertes Fleisch einen Preisrutsch nach unten bewirken. Je nachdem könnten nachhaltig produzierte Nahrungsmittel also sogar günstiger werden.
- **Vor allem indirekt könnte die Initiative dazu beitragen, dass die Schweizer Landwirtschaft ökologischer wird.** Der erleichterte Import von besonders nachhaltig produzierten Lebensmitteln könnte dazu führen, dass wenig nachhaltig produzierte Massenware in der Schweiz nicht mehr gleich stark nachgefragt wird. Zudem würde das Image von Importprodukten in der Bevölkerung verbessert.
- **Der Initiativtext ist sehr offen formuliert. Die Auswirkungen sind deshalb stark abhängig von der Umsetzung durch das Parlament.** Im Hinblick auf die Umsetzung durch das Parlament bedeutet die offene Formulierung ein Risiko. Es könnte im schlechtesten Fall dazu kommen, dass die Initiative letztlich eine ökologisch, volkswirtschaftlich und entwicklungspolitisch sinnvolle Produktion in der Schweiz eher behindern als fördern würde – ein Argument allerdings, das bei vielen Initiativen angeführt werden kann.

Fazit: Die Initiative nimmt mit dem Thema der nachhaltigen Importe ein Anliegen auf, das für die Entwicklung nachhaltiger globaler Ernährungssysteme zentral ist. Die Knacknüsse der Initiative liegen bei der späteren Umsetzung in Politik und Verwaltung.

Initiative für Ernährungssouveränität

Die Initiative für Ernährungssouveränität hat zwar Überschneidungen mit der Fair-Food-Initiative, will aber sehr viel mehr. So soll beispielsweise das Einkommen der Landwirte verbessert, für gerechte Preise gesorgt, und die Zahl der in der Landwirtschaft tätigen Menschen erhöht werden. Und dies alles mit staatlichen Mitteln.

Die Initiative nimmt wichtige Anliegen einer nachhaltigen Landwirtschaft auf, betont dabei aber einseitig die Anliegen und Interessen einer spezifischen Gruppe von Bäuerinnen und Bauern. Sie berücksichtigt nicht, dass arbeitsintensive Produktionsmethoden und eine möglichst hohe Inlandproduktion nicht notwendigerweise im Interesse der Umwelt und der Konsumenten, ja nicht einmal unbedingt im Interesse vieler Bauernfamilien sind. Die Initiative scheint in mancher Hinsicht eine Landwirtschaft anzustreben, wie sie die Schweiz vor fünfzig Jahren hatte. Die Initiative lehnt sich stark an Ideen der Via Campesina an, eines weltweiten Zusammenschlusses von Kleinbauern, die vor allem die Situation von Bauern in Entwicklungsländern verbessern will.

Auch bei der Ernährungssouveränitäts-Initiative sind fast alle Forderungen sehr allgemein formuliert. Im Gegensatz zur Fair Food-Initiative haben die Initianten bisher aber kaum konkrete Lösungen vorschlagen können, wie sie sich eine Umsetzung der Initiative vorstellen. Kommt dazu, dass viele der Anliegen der Ernährungssouveränitäts-Initiative im aktuellen Text der Bundesverfassung und teilweise auch in Gesetzestexten bereits mehr oder weniger enthalten sind, ohne dass sie aber zu einer Landwirtschaft führten, wie sie sich die Initianten vorstellen.

Andere Forderungen sind rechtlich und im Kontext internationaler Vereinbarungen problematisch und, wenn überhaupt, äusserst schwierig umzusetzen. Insbesondere ist die Initiative sehr protektionistisch und verkennt, dass der freie Handel von Nahrungsmitteln bei entsprechenden gesetzlichen Rahmenbedingungen (Anliegen Fair-Food-Initiative) durchaus auch positive Aspekte für die Landwirtschaft haben kann.

Fazit: Die Uniterre-Initiative gleicht einem bunten Strauss an Wünschen, bei denen fraglich bleibt, ob sie durch Parlament und Exekutive überhaupt umgesetzt werden (können). Ähnlich wie 2017 bei der Ernährungssicherheits-Initiative würde die Verfassung um Inhalte erweitert, die kaum einen Niederschlag in der Gesetzgebung und staatlichem Handeln finden dürften.

Kurzmitteilungen

Rückerstattung der Mineralölsteuer an die Landwirtschaft: ein Ende in Sicht?

Sie gehört zu den absurdesten Subventionen der Schweiz: Die Rückerstattung der Mineralölsteuer in der Landwirtschaft - immerhin 67 Millionen Franken jedes Jahr. Nun hat sich die eidgenössische Finanzkontrolle dem alten Zopf angenommen. In einem Bericht vermutet sie, dass eine Abschaffung der Subvention die Landwirtschaft dabei unterstützen könnte, die Umweltziele zu erreichen. Tatsächlich weist die Schweiz ein Vielfaches an Traktoren und Traktoren-PS pro Hektare Landwirtschaftsland auf wie das umliegende Ausland. Auch der Energieverbrauch ist in der Schweizer Landwirtschaft besonders hoch.

Wo immer Subventionen infrage gestellt werden, setzt sich der Bauernverband umgehend zur Wehr. Er meint, die Bauern seien auf Traktoren und Maschinen angewiesen. Zudem würde eine Abschaffung der Steuern die Nahrungsmittel verteuern. Vision Landwirtschaft setzt sich im Parlament für eine ersatzlose Abschaffung der Mineralölsteuer-Rückerstattung ein.

[>> Mehr](#)

Pestizide könnten bald überflüssig sein

Auf Blättern und Wurzeln, Blüten und Samen lebt eine äusserst vielfältige Gemeinschaft an Bakterien, Pilzen und Viren. Eine grosse Zahl davon sind Nützlinge, die die Krankheitsabwehr der Kulturpflanzen stärken und ihr Wachstum fördern. Ihre Erforschung ist derzeit in vollem Gange. Die ForscherInnen hoffen, durch ihre gezielte Nutzung einst auf den Einsatz von Pestiziden ganz verzichten zu können.

Weil Pestizide die winzigen Helferlein schädigen oder vernichten, schliessen sich Nützlinge und Pestizide gegenseitig oft aus. Viel besser sei es, auf bereits heute existierende Pflanzenschutzmassnah-

men ohne Chemie zu setzen, beispielsweise eine geeignete Fruchtfolge, Sortenwahl, Bodenbedeckung, sagen Forscher in einem Artikel des Tages-Anzeigers. Diese Vision teilt Vision Landwirtschaft im „Pestizidreduktions-Plan Schweiz“ und mit ihrem aktuellen Projekt „Pestizidfreie Schweizer Landwirtschaft“.

[>> Zum Artikel im Tages-Anzeiger](#)

Bio-Anbau effektiver als Pestizide

Mit einer umfangreichen Analyse zeigten französische ForscherInnen, dass "Unkräuter", die in Bio-Kulturen noch regelmässig vorkommen, den Ackerpflanzen helfen, den Befall von Parasiten und Krankheitserreger in Schach zu halten. Die Studie kommt zum Schluss, dass Pflanzen ohne den Einsatz von Pestiziden, die sie schützen sollen, resistenter sind und weniger krank werden.

[>> Mehr](#)

Gemüse aus dem Schweizer Supermarkt: Pestizide inbegriffen

Eine aktuelle Stichprobe von K-Tipp zeigt: fast jedes konventionell produzierte Gemüse aus dem Schweizer Supermarkt ist pestizidbelastet. Ob importiert oder aus dem Inland machte keinen Unterschied.

Insgesamt wurden 41 Pestizidwirkstoffe festgestellt, bei vielen Gemüseproben waren gleich mehrere Pestizide enthalten. Um die Grenzwerte nicht zu überschreiten, werden immer mehr verschiedene Stoffe eingesetzt, diese dafür in geringeren Mengen. Unbekannt ist bis heute, wie sich der Pestizidcocktail auf die Gesundheit auswirkt, auch wenn die Grenzwerte der einzelnen Wirkstoffe unterschritten werden.

Nicht untersucht wurde Biogemüse. Eine frühere Analyse von K-Tipp (Nov. 2016) zeigte, dass Biogemüse frei von Pestiziden ist.

[>> Zum Artikel \(pdf\)](#)

AGENDA

Fair-Food – gerechtes Essen für alle?

Öffentliche Diskussion über die Fair-Food-Initiative, mit prominenten ReferentInnen

4. September 2018, 18.15 Uhr in der Universität Bern, Gertrud-Woker-Strasse 5 (Uni Muesmatt, Nähe Bahnhof)

[>> Weitere Informationen](#)

Mehr Nachhaltigkeit und mehr Markt in der Schweizer Landwirtschaft?

Eine gemeinsame Vision für die Schweizer Landwirtschaft – realistisch oder utopisch? Fach- und Führungskräfte aus der Agrarbranche diskutieren über die Entwicklungsmöglichkeiten der Schweizer Landwirtschaft.

18. Oktober 2018, 9.30-16.30, an der HAFL in Zollikofen

[>> Programm](#)

Nationale Bioforschungstagung 2018 zum Thema Pflanzenschutz

Was sind die zukünftigen Entwicklungen und Herausforderungen im Bio-Pflanzenschutz? Muss er neu gedacht werden? Diesen und anderen Fragen stellen sich PflanzenschutzexpertInnen aus Praxis und Forschung.

23. November 2018, 08.45 – 16.40, am Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL), Ackerstrasse, 5070 Frick AG

[>> Informationen und Anmeldung](#)

Landwirtschaft – Boden Bauern Brot: Filmreihe

Welche Folgen hat die Globalisierung und Industrialisierung der Landwirtschaft? Wie sieht eine zukunftsfähige Ernährung vom Acker bis auf den Teller aus? Im Anschluss gibt es jeweils ein Podiumsgespräch mit Fachpersonen, die das Thema des Filmes aufgreifen und mit dem Publikum diskutieren.

Oktober 2018 bis April 2019 im Odeon Brugg

[>> Programm](#)